

Resolution

Eingang: 21.12.2010

der Gemeinde Haseldorf zum Frauenhaus Wedel

Die Gemeindevertretung Haseldorf fordert die Landesregierung Schleswig-Holstein auf, die Gespräche mit der Landesarbeitsgemeinschaft der autonomen Frauenhäuser (LAG) wieder neu aufzunehmen.

Begründung:

Das Frauenhaus muss bleiben!

Die Landesregierung Schleswig-Holstein beabsichtigt im Rahmen ihres „Sparpaketes“ 48 Frauenhausplätze in Schleswig-Holstein einzusparen. In diesem Zusammenhang möchte sie die Mittel zur Finanzierung des Frauenhauses Wedel ab Ende 2011 streichen und somit das seit 25 Jahren in Wedel bestehende Frauenhaus schließen. Dies lehnt die Gemeinde Haseldorf entschieden ab bzw. fordert sie, die endgültige Entscheidung um ein Jahr auf 2012 zu verschieben.

Das Frauenhaus bietet Beratung, Schutz und Unterstützung für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder und leistet in Wedel wichtige Präventions- und Fortbildungsarbeit im Antigewaltbereich. Wir protestieren gegen die geplante Schließung des Frauenhauses Wedel und fordern den Erhalt aller Frauenhausplätze in Schleswig-Holstein.

Auch Frauen aus unserer Region sind auf die Schutz- und Beratungseinrichtungen angewiesen. Frauenhäuser müssen länderübergreifend arbeiten, um ihre Schutzfunktion zu erfüllen. Schleswig-Holstein muss auf Hamburg und mindestens auf alle umliegenden Bundesländer oder besser alle Bundesländer zugehen, bevor es einseitig Schließungen verkündet. Wir fordern länderübergreifende Lösungen zu erarbeiten. Nötig ist eine Neuaufnahme der Gespräche zwischen Landesregierung und der Landesarbeitsgemeinschaft der autonomen Frauenhäuser (LAG).

Die Folgen der geplanten Kürzungen würden Frauen und Kinder erleiden, die sich ohnehin in Not befinden. Falls Frauen nach der Schließung des Hilfeangebots in der häuslichen Gewaltsituation verharren, entsteht Gefahr für Leib und Leben. Frauenhäuser bieten niedrigschwellige Soforthilfe für Frauen, um sich aus einer gewalttätigen Beziehung oder einem gewalttätigen Umfeld befreien zu können. Diese Leistung ist für die Gesellschaft unbezahlbar. Bei der geplanten Zusammenführung der Mittel für die Frauenberatung und für Frauenhäuser in das Finanzausgleichsgesetz (FAG) muss der Ansatz für den Geldbedarf für Frauenhäuser getrennt bleiben. Politik muss in erster Linie den Menschen im Blick haben.

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 17/1693